

**Baltrusch, Friedrich**, Gewerkschaftsführer, ist am 7. März 1876 in Waldhof in Ostpreußen als Sohn eines Landarbeiters geboren worden. Seine Herkunft aus dem Osten und seine für die Entwicklung entscheidenden, im Westen verlebten Jahre prägen seine Persönlichkeit. 9 Jahre Volksschule, nebenher Unterricht im Französischen, dann Lehre im Tischlerhandwerk mit Besuch der Fortbildungsschule und von Zeichenkursen gaben ihm die Grundlage. Nach guter alter Sitte geht der junge Geselle zwei Jahre auf die Wanderschaft, dann folgt die Militärzeit bei der Kaiserlichen

Marine, nach der Rückkehr Verheiratung. Kurz nach Gründung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter im Jahre 1900 tritt Baltrusch diesem bei; bald ist er Vorsitzender der Alten-Essener Holzarbeitergruppe und Vorstandsmitglied der Essener Hauptgruppe. Kurz darauf wird er ehrenamtlicher Leiter einer Bezirksgruppe seines Verbandes. Nach der anstrengenden Tagesarbeit (teilweise 11 Stunden) werden landauf, landab Versammlungen abgehalten. Eine Fülle von Kleinarbeit ist zu tun. Wie manche Kollegen aus den Holzarbeitern wird er nach einigen Jahren berufsamtlicher Arbeit in die Gesamtbewegung berufen. Als Sekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands geht er nach Erfurt, der Bezirk reicht von Kassel bis Görlitz, umfaßt Thüringen, Provinz und Königreich Sachsen. Das Rüstzeug für seine Arbeit bot ihm der Besuch eines längeren sozial- und wirtschaftspolitischen Kursus in München-Gladbach unter Leitung des späteren Ministers Dr. Brauns. Später folgte seine Tätigkeit in gleicher Eigenschaft im Saargebiet, in Lothringen und der Pfalz. 1912 wurde er als Mitarbeiter Stegerwalds in das Kartell- und Versicherungsdezernat des Gesamtverbandes nach Köln berufen. Dort bot sich ihm Gelegenheit zur Erweiterung seines Wissens; er wurde Hörer an der Handelshochschule und nahm an Fortbildungskursen verschiedenster Art teil. Die Arbeit wird unterbrochen durch den Weltkrieg, den er 4¼ Jahre bei der Kaiserlichen Marine als Portepée-Unteroffizier mitmachte.

Nach Kriegsende geht er als Vertreter des Gesamtverbandes nach Berlin. (Der Sitz des Verbandes war noch in Köln.)

Von der Gründung (1918) ab war er Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Drei Jahre lang (1918—21) leitete er die Berliner Geschäftsstelle des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; 1918 trat er als Vorstandsmitglied im Nebenamt in das Reichsernährungsamt als Nachfolger Dr. Stegerwalds ein, 1920 wurde er vom Wirtschaftsminister zum Mitglied der Sozialisierungskommission ernannt, 1921 vom Minister Dr. Rathenau als nebenamtlicher Mitarbeiter und Berater in das Wiederaufbau-Ministerium berufen. Heute wirkt er als wirtschaftspolitischer Dezernent, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er ist Mitglied des Reichswirtschaftsrates und Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes bzw. seines Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in zahlreichen Körperschaften, z. B. im Verwaltungsrat der Reichspost, dem Zentralauschuß der Reichsbank, dem Verwaltungsrat der Zweigstellen für Außenhandel im Auswärtigen Amt usw. An den Weltwirtschaftskonferenzen in Genua 1922 und in Genf 1927 hat er als Sachverständiger der Deutschen Reichsregierung teilgenommen, ebenso als Sachverständiger an den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen 1927. Er hat sich immer und überall den Sinn für die Verflochtenheit der Wirtschaft bewahrt, so daß er nicht nur die Probleme der Industrie, sondern ebenso sehr die der Landwirtschaft sieht. Seine vielseitige Arbeit kann ihn nicht hindern, auch auf persönlichstem Gebiet tätig zu sein. Er ist wohl der bekannteste, evangelische Führer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften. Vom Evangelischen Oberkirchenrat wurde er als Delegierter zu der Weltkonferenz der protestantischen und orthodoxen Kirchen in Stockholm 1925 entsandt. Er ist Vorsitzender der Vereinigung evangelischer Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre.

Clara Meinek

## **Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.**

Von **Heinrich Bachem**

Die Bank ist das **Finanzinstitut der freien Gewerkschaften** Deutschlands. Sie ist gegründet im Mai 1924 von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und den hauptsächlichsten diesen angeschlossenen Zentralverbänden. Ihr Zweck ist, die verfügbaren Gelder der freien Gewerkschaften, der ihnen nahestehenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen, der im Interessenkreis der freien Gewerkschaften be-

stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen und vor allem auch die Spargelder der einzelnen Arbeitnehmer bei sich zu konzentrieren, mit den gesammelten Geldern die Ziele der Gewerkschaften zu fördern. Sie hat die Form einer Aktiengesellschaft mit vinkulierten Namensaktien. Neben den erwähnten Gründern sind im Laufe der Zeit der Hauptverband deutscher Krankenkassen e.V. (Berlin-Charlottenburg) und die Konzentration A. G. Berlin (Zusammenfassung der Druckereien und Verlagsanstalten der politischen Arbeiterbewegung)

hinzuge treten. Dem Aufsichtsrat der Arbeiterbank gehören in der Hauptsache die Vertreter der freien Gewerkschaften an; daneben sind der Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. und die Konzentration A. G. vertreten. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Stammkapital betrug ursprünglich RM 750 000; es wurde im November 1925 auf RM 4 000 000 und im Dezember 1928 auf RM 12 000 000 erhöht. Das Aktienkapital ist voll eingezahlt. Bis zum 1. Januar 1929 sind offene Reserven in Höhe von RM 1 700 000 angesammelt worden. Der **Einlagenbestand der Bank** betrug Ende

1924	RM 9 417 000
1925	RM 21 220 000
1926	RM 36 150 000
1927	RM 79 200 000
1928	RM 117 306 000
Mitte 1929	über RM 125 000 000

An Dividende verteilte die Gesellschaft regelmäßig 10% p. a.

Neben der in Berlin domizilierenden Zentrale sind im Laufe der Zeit in Bochum, Bremen, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. und Hamburg Filialen errichtet worden; außerdem in Hannover, München und Saarbrücken hauptamtliche Zahlstellen, sowie in allen für die Gewerkschaftsbewegung wichtigeren Plätzen ehrenamtliche Zahlstellen, die meist von den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mitverwaltet werden.

Der Erfassung der Spargelder der Arbeitnehmerschaft dient innerhalb des Gesamtinstitutes eine besondere Sparkassenabteilung, die Ende 1925 ins Leben gerufen wurde und in der Zwischenzeit eine recht beachtliche Bedeutung erlangt hat.

Bei der **Verwaltung der Gelder** der Arbeiterbank ergibt sich für sie als Gewerkschaftsbank in erhöhtem Maße die Verpflichtung zu stärkster Flüssigkeit: Umfangreiche Bankguthaben in erster Linie bei öffentlich-rechtlichen Bankinstituten werden ständig gehalten; daneben dienen Schatzwechsel des Reiches und der Länder, sowie auch in gewissem Umfang erstklassige Handelswechsel der Aufrechterhaltung der Liquidität. Ferner unterhält die Arbeiterbank dauernd einen festen Bestand an festverzinslichen, mündelsicheren Papieren, die sowohl unter dem Gesichtspunkt der Anlage von Spargeldern als auch wegen des Anlagebedürfnisses der Kundschaft zweckmäßig sind. Das Börsen- und Effektingeschäft für eigene Rechnung scheidet im übrigen bei der Arbeiterbank aus; sie ist nur in beschränktem Umfange für ihre Kundschaft auf diesem Gebiet tätig. Bei dem Bankkreditgeschäft ist von vornherein das große Gebiet des Einzelkredites ausgeschlossen worden. Ebenso wie die Gewerkschaften sich die Hebung der Lage des Einzelnen auf dem Wege über die Hebung der gesamten Klasse zur Aufgabe gestellt haben, so geht auch die Bank davon aus, daß der Arbeitnehmerschaft in ihrer Zusammenfassung, nicht aber dem Einzelnen die

Mittel der Arbeiterbank zur Verfügung gestellt werden sollen. Als Kreditnehmer kommen in erster Linie neben den Gewerkschaften als solchen öffentlich-rechtliche Institutionen und die Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft selbst in Frage. Die Verteilung der von der Arbeiterbank per 31. Dezember 1928 ausgeliehenen Beträge auf die einzelnen Gruppen ergibt sich aus folgendem Schema:

1. Öffentlich-rechtliche Institutionen rund 43,69%;
  - a. staatliche Stellen rund 4,22%,
  - b. provinzielle Stellen rund 5,90%,
  - c. sonstige Kommunalverbände rund 27,29%,
  - d. kommunale Wirtschaftsbetriebe rund 4,20%,
  - e. Sozialversicherungsinstitute rund 2,08%.
2. Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft rund 53,58%;
  - a. Bauherren-Organisationen rund 23,64%,
  - b. Bauproduktivbetriebe rund 1,16%,
  - c. sonstige der Güterproduktion oder Verteilung dienende Organisationen rund 28,78%.
3. Sonstige Kreditnehmer rund 2,73%.

Nicht nur im Interesse der Vorbereitung und der Ueberwachung der Kreditrisiken, sondern auch zum Zwecke der Beratung und Förderung der den Gewerkschaften nahestehenden wirtschaftlichen Unternehmungen hat die Bank eine eigene Revisions- und Treuhandgesellschaft unter der Firma **Gesellschaft für Vermögenswahrung und -verwaltung (Treuhand und Revision) m. b. H.** ins Leben gerufen. Die Gesellschaft hat eine durchaus günstige Entwicklung genommen. Sie erfreut sich in wachsendem Maße der Beanspruchung durch die der Arbeiterbank und den Gewerkschaften nahestehenden Kreise.

Mit Rücksicht auf das bedeutende Anlagebedürfnis der Kundschaft der Arbeiterbank auf der einen Seite und die Notwendigkeit der Beschaffung von erststelligen Hypotheken für den von den Gewerkschaften in eigenen Organisationen besonders geförderten Wohnungsbau, hat die Arbeiterbank eine maßgebliche **Beteiligung an der Hannoverschen Bodenkredit-Bank** (Hildesheim) erworben. Das Institut wird von der Bank in Gemeinschaft mit einem Konsortium erster Privatbanken verwaltet. Die Entwicklung des Institutes seit Einflußnahme der Arbeiterbank ist günstig verlaufen. Der Umsatz der Pfandbriefe und Obligationen ist wesentlich gesteigert worden.

Im Interesse ihrer Aktionäre hat die Arbeiterbank ferner die **Büropa, Bürobedarf und Papier Handelsgesellschaft m. b. H.** (Berlin) gegründet, deren Zweck es ist, die Gewerkschaften und alle ihnen nahestehenden Unternehmungen mit Bürobedarf zu versorgen.

In das Gebiet der Güterproduktion ist die Arbeiterbank insofern eingedrungen, als sie für die ihr nahestehenden Kreise die Aktienmehrheit der **Lindcar Fahrradwerk A. G.** erworben hat. Das Unternehmen hat, seit es im Besitz der Arbeiterbank nahestehenden Kreise ist, einen wesentlichen Aufschwung genommen. Das derzeitige Kapital beträgt RM 2 000 000; der Jahresumsatz etwa 50—60 000 Räder.

Die Bilanz der Arbeiterbank per 31. Dezember 1928, nach Vornahme der Gewinnverteilung, ergibt folgendes Bild:

Aktiven	Passiven
RM	RM
383 362,68 Kasse, Sorten und Zinsscheine	12 000 000,— Aktienkapital (davon RM 8 000 000 dividendenberechtigt ab 1. 1. 1929)
1 283 557,02 Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1 200 000,— Reservekonto
1 532 874,58 Wechsel, Schecks und unverzinsliche Schatzanweisungen	500 000,— Spezial-Reservekonto
49 936 083,54 Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	400 000,— Dividendenkonto
368 867,65 Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	
	Gläubiger
Eigene Wertpapiere	32 975 149,85 a) Innerhalb 7 Tagen fällig
	56 340 520,88 b) Darüber hinaus bis zu 3 Mon. fällig
2 387 385,91 a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder	28 037 203,34 c) Nach mehr als 3 Monaten fällig
3 252 854,35 b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen RM 4 094 264,81
3 830 547,65 c) Sonstige börsengängige Wertpapiere	60 508,47 Gewinnvortrag
215 248,95 d) Sonstige Wertpapiere	/
2 301 337,70 Konsortialbeteiligungen	/
4 102 446,70 Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	/
61 918 814,81 Schuldner in laufender Rechnung davon gedeckt RM 61 819 282,39	/
1,— Einrichtung	/
	Aval- und Bürgschaftsschuldner RM 4 094 264,81
131 513 382,54	131 513 382,54

**Bat'á**, vgl. Tschechoslowakei

**Bator**, Rudolf, polnischer Gewerkschaftsführer, wurde im Jahre 1890 in Rzesow in Westpolen geboren. Er war Eisenbahnangestellter und zuletzt Lokomotivführer. Bator gehört zu den tätigsten Arbeitern unter den polnischen Eisenbahnangestellten und ist der Gründer des Verbandes der Eisenbahnbeamten, einer der mächtigsten polnischen Gewerkschaften. Im Jahre 1920 wurde er Vorsitzender des Verbandes der Eisenbahnangestellten in Podgorze bei Krakau. Im Jahre darauf wurde er Sekretär der Bezirksleitung der Gewerkschaften Krakaus und als Vertreter der Krakauer Abteilung Mitglied des Zentralvorstandes des Berufsvereins der Eisenbahnangestellten. Im Jahre 1929 wurde Bator zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Gewerkschaften gewählt.

Lucie Schmidt

**Bauer**, Gustav, M. d. R., Gewerkschaftsführer, ist am 6. Januar 1870 in Darkehmen (Ostpreußen) geboren, war zuerst in einem Anwaltsbureau tätig, wurde 1903 Sekretär im Zentralarbeitersekretariat der freien Gewerkschaften, 1908 zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1918 Staatssekretär, dann Arbeitsminister und Reichskanzler. Bauer war von 1912 bis 1918 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung in Weimar und seit 1920 wieder Abgeordneter des Reichstages. Von 1895 bis 1908 war er Vorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten.

Redaktion